

Die Gemeindebürgerliste

GBL

**Absolute Unabhängigkeit - keine Parteinähe
Nur den Gemeindebürgern verpflichtet**

**ERDGA
S
FÜR
SITZ**

Liebe Mitbürger!

Schwarz-Rosa Lügenschiff gestrandet

Der Autobahn-Schulneubau in Sittendorf - das Paradeverschwendungsprojekt zur Förderung parteipolitischer und eigennütziger Interessen auf Kosten der Gemeindebürger - wurde von den beiden Hauptbetreibern, Bgm. Krischke und seinem Vize Bernhard, endlich abgesagt.

Die beiden Parteifreunde haben sich von Beginn an mit Tollheit und Lügen fortgesetzt bemüht, eine hemmungslose Erhöhung der Gemeindeverschuldung zu realisieren. Dabei unterstützt wurden sie von ihren willfährigen Gemeinderäten. Mit einer wohltuenden Ausnahme: GR Mathauser hat Charakter bewiesen und sich nicht vereinnahmen lassen. Wir gratulieren ihm dazu.

Warum konnten wir diesen Erfolg erreichen und warum musste das schwarz-rosa Gesinnungsduo schließlich auf unseren Lösungsvorschlag einschwenken? Dank unserer unermüdlichen Bemühungen und der Unterstützung vieler anderer Stimmen der Vernunft!

Ein Prinzip von GR Burda ist - „**Niemals aufgeben**“.

Nach beharrlicher Vorarbeit wurde am 14. März 2004 an den Landeshauptmann und seine Stellvertreter, die involvierten Stellen der NÖ Landesregierung und die zuständigen Ministerien entsprechende Unterlagen übermittelt.

Daraus war ersichtlich, dass die Angaben unserer Gemeindeführung zur Erlangung diverser Zusagen, **total geschönt** und **frei erfunden** sind.

Daraufhin wurde zum Glück von den Behörden die Notbremse gezogen.

Wenn Sie diese Unterlagen interessieren, stellen wir Ihnen gerne ein Exemplar zur Verfügung - bitte anfordern.

Von Bgm Krischke und Vzbgm Bernhard wurden bisher die nachstehenden Geldbeträge **völlig sinnlos „verbraten“**:

Grundstückankäufe	€ 560.000,--	öS	7.705.768,--
Hochwasserrückstaubecken	€ 120.000,--	öS	1.651.236,--
Rechtsanwaltskosten für Ausschreibung	€ 27.000,--	öS	371.528,--
Rechtsanwaltskosten für Vorverträge	€ 8.400,--	öS	115.586,50
Architektenkosten für Sportplatzverlegung	€ 72.500,--	öS	997.621,70
Architektenkosten Schulbau	€ 40.000,--	öS	550.412,--
Gesamtsumme	€ 827.900,--	öS	11.392.152,20

Selbst wenn die beiden Herren nach der nächsten (ev. schon vorher) Wahl gehen müssen, diese Bürgergeldverludierung bleibt bestehen und es gibt leider keine Möglichkeit eine persönliche finanzielle Verantwortung einzufordern.

Daß wir Schlimmeres verhindern konnten, liegt an unserem Einsatz und unserer beständigen Arbeit für die Bürger als parteiunabhängige Bürgerliste. Womit wir auch bei der wesentlichen Begründung sind, warum unabhängige Bürgerlisten überhaupt entstanden sind.

In ihrer Not haben sich Schwarz und Rosa (ehemals Rot) nun noch enger zusammengeschlossen. In einer gemeinsamen und sehr zutraulichen Sitzung wurden die **wortgleichen** Aussendungen zum Stop des Autobahn-Schulneubaus ausgearbeitet. Klarer kann die Einheitspartei nicht mehr dokumentiert werden.

Vielleicht wird es sich doch bewahrheiten und bei den Wahlen im Frühjahr 2005 wird eine gemeinsame ÖVSPÖ Liste antreten.

Eine „neue“ Entwicklung

Die Herren Krischke und Bernhard sind sehr unsanft aus ihren Schulbauträumen aufgewacht und kämpfen nun mit ihrem Erinnerungsvermögen.

Wir helfen ein bisschen nach:

Bereits bei den ersten Diskussionen um einen Schulneubau im Juni 2002 haben die GBL Gemeinderäte Kussian, Siegele und Burda **darauf bestanden**, dass zu allererst Gespräche wegen eines Grundankaufs neben der bestehenden Volksschule mit dem Eigentümer geführt werden. Dieses Verlangen wurde von den Mandataren der Einheitspartei natürlich abgeschmettert (siehe GBL Aussendung Nr. 123 „**Vizebürgermeister als Lügner**“).

Ja, wer so **extrem auf seinen Vorteil fixiert** ist verliert den Überblick. Schon zum damaligen Zeitpunkt wäre es möglich gewesen, dieses Grundstück zu erwerben, dazu hätten die Herren Krischke und Bernhard keine „intensiven“ Verhandlungen führen müssen.

Erregung

Große Erregung über unsere Veröffentlichung der Einkommen der Gemeindevertreter und der Gemeindebediensteten. Von Bürgermeister Krischke und Vizebürgermeister Bernhard wird vollmundig kund getan Datenschutzverletzung - persönliche Daten wurden bekanntgegeben - Zahlen stimmen nicht - usw. Ein bisschen später werden dann kleinlaut alle diese Behauptungen zurückgenommen.

Wir verstehen natürlich, dass es für Mandatare extrem unangenehm ist, daran erinnert zu werden, dass für **keine** oder **wenig** Leistung so viel bezahlt wird. Bezeichnend, dass der Bürgermeister bei seiner Offenlegung der Bezüge vergisst mitzuteilen, dass Lohnnebenkosten zu bezahlen sind und er diesen Bezug 14 mal bekommt.

Wir halten fest:

Sämtliche Einkommen sind **öffentlich** und unterliegen nicht dem Datenschutz. Jeder Gemeindebürger kann in die öffentlich aufliegenden Jahresabschlüsse und Voranschläge Einsicht nehmen. Darin sind im Dienstpostenplan alle Gemeindeangestellten namentlich angeführt und die dazugehörigen Beschäftigungsgruppen. Der Gemeinderatsbeschluß über den Jahresabschluß und den Budgetvoranschlag erfolgt in der öffentlichen Sitzung.

Die Einkommenshöhen wurden von der Buchhaltung bekanntgegeben. Hier stellt sich die Frage, ob Bürgermeister und Vizebürgermeister die eigene Buchhaltung **nicht** kennen bzw. lesen können.

Jeder Gemeindebürger ist Arbeitgeber der Gemeindeangestellten.

Seit wann darf der Chef nicht wissen, was seine Angestellten verdienen????

Und wenn Bürgermeister Krischke nun auf Entschuldigungstour ist, dann sollte auch seine Entschuldigung bei den Gemeindebürgern für die unter **seiner** Verantwortung stattgefundene **Bürgergeldverschwendungen** erfolgen:

Weihnachtsbeleuchtung	€ 15.000,--	öS	206.404,50
Spielplatz Sulz	€ 80.000,--	öS	1.100.824,--
Kauf der Friedhofgasse in Sulz	€ 12.000,--	öS	165.123,60
Geschwindigkeitsmessanlage	€ 1.900,--	öS	26.144,50
Anwalts und Gerichtskosten für			
Sager als ÖVP Parteimitglied	€ 2.500,--	öS	34.400,70
Planungsfehler Bauhof u. Sperrmüllhof	€ 12.000,--	öS	165.123,60
Reparaturkosten für			
Kindergartenbusse bisher	€ 48.000,--	öS	660.494,40
Devastierter Jugendclub Haus Nr. 85	€ 36.500,--	öS	502.250,95
Gewerbe park Sittendorf	€ 1.017.000,--	öS	13.994.225,10
Verzicht auf Pachteinnahmen	€ 1.750.000,--	öS	24.080.525,--
Rechtsanwaltkosten § 18 Haus Nr. 85	€ 8.720,--	öS	119.989,80
Sinnlose Prozesse gegen Mieter im Haus Nr. 85	€ 32.702,--	öS	449.989,30
Unverkäufliche Heimatbücher	€ 20.348,--	öS	273.994,60
Unnotwendige Einladungen u. Bewirtungen	€ 6.540,--	öS	89.992,40
Gesamtsumme	€ 3.043.210,--	öS 41.875.482,60	

Gratulation

Wir dürfen der Bürgerliste „Wir Gaadner“ zu ihrem fantastischen Wahlsieg herzlich gratulieren. Der überheblich regierenden und agierenden ÖVP wurde eine ganz klare Absage erteilt (3 Mandate Verlust). Die Zeiten des politischen Lagerdenkens sind in Gaaden zum Glück vorbei.

Wir freuen uns schon auf das Ergebnis in
unserer Gemeinde bei der Gemeinderatswahl 2005.

Weitere versuchte Freunderlwirtschaft

Die Planung der **Landesstraße Gruberau** sollte an den ÖVP Vizeobmann Ing. Ellinger ohne Ausschreibung und ohne Einholung von Gegenofferten vergeben werden.

Der **Sportplatzumbau** sollte ebenfalls ohne Ausschreibung und ohne Einholung von Gegenofferten an den Planer des nunmehr abgesagten Schulbaus vergeben werden.

Die GBL hat dies verhindert.

Nach Hinweis auf die **strafrechtlichen Tatbestände** der **Begünstigung** und der **Untreue** wurden vom Gemeindevorstand beschlossen Gegenangebote einzuholen.

Aus 3 Angeboten hat Ing. Ellinger das beste Angebot für die
Landesstraßenplanung Gruberau abgegeben.

Die Arbeiten von Arch. Besin (Planer der Schule) in der Höhe von € 89.000,-- wurden von
einem Mitbewerber um **€ 16.500,-- billiger** angeboten.

Straßenkehrung 2004

In völliger Unkenntnis der Rechtslage hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 23.3.2004 eine einseitige Vertragskündigung beschlossen (die ÖVP-Wienerwald ist ja traditionell juristisch unversorgt). Der Auftrag wurde an eine Allander Firma vergeben. Man staune - ohne Pauschalabrechnung wie dies von GR Burda verlangt wurde, sondern mit Abrechnung der gefahrenen Stunden.

Das Ergebnis liegt nun vor:

Die Kosten für die Kehrung 2004 sind um

35 % höher

als die Pauschalkosten bei der Kehrung von GR Burda.

Damit der interessierte Bürger diese Handlungsweise nachvollziehen kann, nachstehend Auszüge aus den Originaldokumenten:

Ausschreibung der Straßenkehrarbeiten

Von der Gemeinde Wienerwald wird die Streusplittkehrung mittels Kehrmaschine auf den Gemeindestraßen in der KG. Sulz, Stangau, Sittendorf, Dombach und Grub (Gemeindestrasseengesamtlänge ca. 25 km) für die nächsten fünf Jahre, ab dem Jahr 2002 neu ausgeschrieben.

Obwohl die Ausschreibung und der Auftrag nur die Gemeindestraßen umfasst (sogar genau mit km angegeben) hat GR Burda **ohne Berechnung** auch die Landesstraßen im Ortsgebiet gekehrt.

Im Prokoll der Gemeindevorstandssitzung ist ganz klar festgehalten,
dass der Vertrag bis zum Jahr **2006** Gültigkeit hat.

Der Bürgermeister erklärt, dass bei der Ausschreibung der Stundensatz und alternativ auch Pauschalangebote ausgeschrieben wurden. Nun liegen einige Pauschalangebote vor. Der Bürgermeister befragt vor Verlesung der Angebote daher Hr. GfGR. Burda, welcher auch ein Angebot gelegt hat, ob er sein Angebot auch pauschale vorlegen könnte.

GfGR. Burda bietet darauf hin an, die Streusplittkehrung um 30% billiger als das billigste Pauschalangebot, durch zu führen.

Nach Verlesung der Angebote und Berechnung des, von Hr. Burda angebotenen 30% Abzuges vom billigsten Angebot, beträgt der Pauschalbetrag für die Streusplittkehrung durch Hr. Burda 3.150 Euro.

Die Streusplittentsorgung, sofern die Entsorgung von der Gemeinde

beauftragt wird, beträgt im Angebot von Hr. Burda 7,20 Euro/t.

Der Bürgermeister stellt danach den Antrag, bei Vorlage des Angebotes von Hr. Burda über den Maschinenring, möge der Gemeindevorstand die Streusplittkehrung an GfGR. Burda/Maschinenring vergeben. Die Abrechnung erfolgt über den Maschinenring. Die Streusplittkehrung muss mit Ende April, nach Maßgabe der Witterung, abgeschlossen sein. Der Vertrag wird auf die Dauer fünf Jahre (2002 - 2006) abgeschlossen.

Zu Pkt. 10: DA 2 Streusplittkehrung

Mit der Streusplittkehrung wurde seinerzeit GfGR. Burda vom Gemeindevorstand beauftragt. Nun sind einige Gründe aufgetreten diese Beauftragung näher zu betrachten.

1. Es ist durch den Umstand, dass GfGR. Burda seine Gewerbeberechtigung angeblich stillgelegt hat, die Geschäftsgrundlage weggefallen.
2. Weiters ist der Umstand des Irrtums gegeben, da keine Einigkeit über den tatsächlichen Werklohn vorliegt, da mit Pauschalpreis beauftragt wurde, jedoch keine Einigkeit in dieser Geschäftsbeziehung vorliegt, dass die Gemeindestraßen und die Landesstraßen im Ortsgebiet zu kehren sind (GR. Burda behauptet ohne Landesstraßen im Ortsgebiet, der Gemeindevorstand ist der Ansicht, dass auch die Landesstraßen im Ortsgebiet bei der Beauftragung im Pauschalbetrag enthalten sind).
3. Der Gemeindevorstand ist auch der Ansicht, dass eine Zerrüttung der Vertrauensbasis, durch Mahnklage und Klage auf Zahlung und gerichtsanhängige Prozesse, welche von GR. Burda eingebracht wurden, vorliegt.

Aus den angeführten Gründen stellt der Bürgermeister den Antrag, der Gemeinderat möge die beauftragte Streusplittkehrung nicht mehr von GR. Burda durchführen lassen sondern neu an die Firma Leodolter um 44.50 € pro Stunde exkl. Mwst. im gesamten Gemeindegebiet (Gemeindestraßen und Landesstraßen im Ortsbereich) im Jahr 2004 vergeben, da er der billigste Anbieter ist.

Die Kehrung hat bis spätestens 30.04.2004 abgeschlossen zu sein. Die Firma Leodolter hat jeden Tag und jede Stunde die er in der Gemeinde kehrt der Gemeinde schriftlich bekannt zu geben.

Abstimmung	
Dafür	13
Dagegen	1
Enthaltungen	0
Abstimmungsergebnis	13/1

Nachstehend nun die Begründungen. Eine wahre Meisterleistung.

- Zu Punkt 1: Eine „**angebliche**“ Stilllegung soll ausreichen, die Geschäftsgrundlage wegfallen zu lassen - es darf gelacht werden.
- Zu Punkt 2: siehe Ausschreibung der Gemeinde
- Zu Punkt 3: Die Gemeinde hat die ordentliche Kehrung 2003 von GR Burda trotz mehrmaliger Aufforderung **nicht bezahlt**

Beständig!

Ihre Gemeindebürgerliste